

Statement

— Reiner Hoffmann

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

— Jahrespressekonferenz

Berlin, 10. Februar 2021

Es gilt das gesprochene Wort!



Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Jahr sehen wir die meisten von Ihnen leider nicht persönlich – Abstandhalten bleibt das solidarische Gebot der Stunde. Wir alle hatten gehofft, dass dieses Jahr etwas hoffnungsvoller startet, doch die aktuelle Situation ist noch immer extrem angespannt. Die Impfkampagne ist – wenn auch schleppend – gestartet. Zugleich gefährden die Virus-Mutationen die Erfolge des Lockdowns.

Trotzdem bin ich nach wie vor der Meinung, dass die Bundesregierung das Land im letzten Jahr vergleichsweise gut durch die Pandemie geführt hat. Die Gewerkschaften haben diesen Prozess eng begleitet und konnten für die Menschen viel erreichen:

Die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes, die Verlängerung der Kinderkrankentage, sowie Verbesserungen beim Arbeits- und Gesundheitsschutz. Wir haben dafür gesorgt, dass die unerträgliche Werkvertragspraxis in der Fleischindustrie abgeschafft wurde. Gemeinsam mit den Arbeitgebern haben wir erreicht, dass ein Rettungsschirm für Auszubildende gespannt wurde.

Trotzdem gibt es erheblichen Nachholbedarf. Insbesondere für die unteren Einkommensgruppen und Bezieher der Grundsicherung muss mehr getan werden. Auch Familien brauchen endlich Planungssicherheit – deswegen fordern wir eine weitere Aufstockung der Kinderkrankentage. Außerdem gibt es etliche Corona-Gesetze, die bereits in den nächsten Monaten auslaufen, etwa die Arbeitsschutzverordnung oder das Sozialschutzpaket. Hier muss die Bundesregierung nachbessern und für die Menschen Sicherheit schaffen, damit wir eine weitere Spaltung der Gesellschaft verhindern.

In Zeiten der Pandemie blicken wir mit sechs Landtagswahlen und der Bundestagswahl im September auf ein Superwahljahr. Für die Gewerkschaften haben die Sicherung von Beschäftigung, der soziale Zusammenhalt und die wirtschaftliche Erholung Priorität. Wir müssen die negativen Auswirkungen der Pandemie in Schach halten und gleichzeitig die Weichen für eine nachhaltige Wirtschaft und gute Arbeit für alle stellen. Die Politik ist gefordert, den Übergang in eine digitale und klimaneutrale Wirtschaft und Arbeitswelt gerecht zu gestalten. Damit stärken wir auch unsere Demokratie.

Die Pandemie hat gezeigt, wo unsere Stärken und Schwächen liegen. Der handlungsfähige Staat wurde rehabilitiert, zumindest vorübergehend. Öffentliche Daseinsvorsorge ist ein Produktivfaktor, auch für unsere Wirtschaft. Das Dogma „Privat vor Staat“ hat seine Strahlkraft verloren.

Unsere Schwächen sind wie in einem Brennglas sichtbar geworden: Im Gesundheitswesen, in vielen Bereichen öffentlicher Dienste, in der defizitären Infrastruktur, im Bildungswesen und vielen anderen Bereichen. Sie alle kennen sie und haben in den letzten Wochen und Monaten viel darüber in den Medien berichtet.

Wenn die vor uns liegende digitale Transformation von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft und der Weg in eine klimaneutrale Wirtschaft gelingen sollen, dann brauchen wir eine mutige, ambitionierte Politik.

Krisenbekämpfung alleine reicht nicht, sondern wir müssen sie beherzt mit dem sozial-ökologischen Umbau des Landes verbinden.



In Zeiten enormer Umbrüche sind soziale Sicherheit und verlässliche Zukunftsperspektiven für die Menschen entscheidend.

Wir müssen den Menschen zeigen, dass Sicherheit im Wandel kein leeres Versprechen ist. Dass wir Beschäftigung im Wandel sichern und dass gute Arbeit eine Zukunft für alle hat, die den Menschen, ihren Kindern und Enkeln gute Perspektiven in einer gesunden Umwelt bietet.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wie bereits vor einem Jahr plädieren wir für massive Investitionen, in Infrastruktur, Forschung, Gesundheit, Bildung und sozialen Wohnungsbau.

Immerhin, einiges ist in Bewegung gekommen. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass jede nicht getätigte Investition eine Bürde für junge Menschen ist und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft aufs Spiel setzt. Die Investitionsruinen können wir doch jeden Tag in den Städten und Gemeinden besichtigen. Wir alle kennen sie in unserer unmittelbaren Nachbarschaft.

Was wir brauchen sind moderne Verkehrswege, die unsere Mobilität sichern und die Umwelt schützen. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, in dem Familien gut leben können. Wir brauchen Kliniken und Pflegeeinrichtungen, die Spitzenleistungen für die Menschen garantieren und in denen gute Gehälter und ordentliche Arbeitsbedingungen eine Selbstverständlichkeit sind. Applaus ist gut, reicht aber nicht, um die Miete zu bezahlen.

Wir brauchen eine moderne Infrastruktur und eine ambitionierte Technologieförderung, die unseren Industriestandort langfristig sichert.

Sie erinnern sich sicherlich: Bereits im Herbst 2019 hat ein gemeinsames Gutachten des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) und des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der HBS viel Beachtung gefunden und einen Investitionsbedarf für die nächsten zehn Jahre von über 450 Milliarden Euro identifiziert.

Wir müssen ein ambitioniertes Zukunftsinvestitionsprogramm für ein starkes und solidarisches Europa auf den Weg bringen. Das heißt – in aller Deutlichkeit – auch: Die Schuldenbremse und die schwarze Null müssen weg, sie dürfen keine Investitionsbremse sein. Das können wir uns nicht länger leisten. Um Deutschland und Europa endlich zukunftsfest zu machen, brauchen wir eine Reform der Schuldenkriterien in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Ein „Weiter so“ darf es nach der Bundestagswahl nicht geben. Im September muss eine Modernisierungsstrategie zur Wahl stehen, die Investitionen für die Zukunft mit sozialer Sicherheit für die Menschen vereint und den vor uns liegenden Strukturwandel beherrscht.



Sehr geehrte Damen und Herren,

Gleichwohl muss die Bundesregierung die verbleibende Zeit nutzen, um überfällige Vorhaben endlich umzusetzen.

Die im Koalitionsvertrag versprochene Stärkung der Tarifbindung muss kommen, damit wieder mehr Menschen unter den Schutz von Tarifverträgen fallen. Auch das schafft Sicherheit im Wandel!

Tarifverträge garantieren höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen. Es braucht eine Tariftreue auf Bundes- und Länderebene, damit staatlich subventioniertes Lohndumping endlich ein Ende hat.

Auch die Mitbestimmung der Beschäftigten muss gestärkt werden. Wir brauchen mehr Betriebsräte in den Unternehmen, mit starken Mitbestimmungsrechten in Zeiten des digitalen Wandels. Daher ist es unsäglich, dass die Union, insbesondere das Wirtschaftsministerium und Herr Altmaier das Betriebsrätestärkungsgesetz von Hubertus Heil blockiert, wenn es um die Erleichterung der Gründung von Betriebsräten geht.

Damit die Mitbestimmung auch im Zeitalter der Digitalisierung funktioniert, brauchen wir darüber hinaus die Stärkung digitaler Zugangsrechte. Was meine ich? Gewerkschaften sind Mitgliederorganisationen! Sie müssen auch mobil Beschäftigte erreichen können. Dafür müssen die Zugangsrechte im Betriebsverfassungsgesetz an die fortschreitende digitale Arbeitswelt angepasst werden.

Zum Schluss:

Das Jahr 2020 war auch für die Gewerkschaften ein ganz besonderes Jahr. Insbesondere in den ersten Monaten der Pandemie haben wir einen unglaublichen Zuspruch erhalten. Hunderttausende Beschäftigte haben sich über unsere digitalen Kanäle informiert, haben uns angerufen, und viele sind online beigetreten.

Aber: Gewerkschaften leben vom direkten persönlichen Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb. Deswegen ist es nicht überraschend, dass wir in diesem schwierigen Jahr einen leichten Rückgang verzeichnet haben.

Die acht DGB-Gewerkschaften zählten Ende Dezember gut 5.850.000 Mitglieder. Auch in Zeiten der Pandemie organisieren wir mehr Menschen als jede andere Organisation.

Gerade in Zeiten der Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig das solidarische Miteinander ist.

Unser Motto zum 1. Mai 2021 lautet daher „Solidarität ist Zukunft.“